

Gazastreifen gehungert wird – die fanatisierten Raketenbastler von ihrem Versuch eines Nerven- und Zermürbungskrieges abhalten wird: denn die Radikalen wollen, dass ihre Landsleute Not leiden, zynisch kalkulierend, dass jeder Ansatz zu einer Versöhnungsbereitschaft im Elend erstickt. Aber die *Hamas* regiert. Ein Boykott richtet wie üblich nichts aus. Indes, Israelis und Europäer sollten sich die Anerkennung – Schritt um Schritt – durch die Reduzierung des Raketenkrieges abhandeln lassen. *Hamas* ist keine geschlossene Front mehr. Es gibt radikale, es gibt gemäßigte Fraktionen. Wäre es nicht hilfreich, mit den gemäßigten *Hamas*-Vertretern – das wäre der große Schritt als Ziel der kleinen Schritte – den Repräsentanten der wichtigsten arabischen Staaten und der Brüsseler Kommission eine Art Mini-Marshall-Plan für das überbevölkerte Gaza-Gebiet auszuarbeiten, der den 1,3 Millionen Menschen in

diesem Elendsquartier einen Funken Hoffnung auf eine halbwegs erträgliche Zukunft bietet?

Die Palästinenser – ob *Hamas* oder *Fatah* – werden schwierige Partner Europas sein. Dennoch ist die Union verpflichtet, das (scheinbar) Unmögliche mit Geduld (und sehr kleinen Schritten) zu versuchen. Das ist vor allem ein Appell an die Fantasie der Deutschen, die Erfahrungen genug mit Vertriebenen, mit Verzichteten, mit kleinen und großen Schritten zu Ausgleich und Frieden gesammelt haben. Es hat seine historische Logik, dass sie im Nahen Osten in die Pflicht genommen werden. Mit ihnen zusammen sähe sich die Europäische Union (vertreten durch einen Präsidenten und einen Außenminister) zum ersten Mal vor eine weltpolitisch zentrale Aufgabe gestellt – vorausgesetzt, dass kein iranisches Debakel die Chancen des guten Willens außer Kraft setzt.

Franz Müntefering

Caritas in der Politik heißt Solidarität

Gesinnung reicht nicht, Verantwortungsethik ist nötig

Franz Müntefering

(* 1940) war Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Bundesminister für Arbeit und Soziales. Von 2002 bis 2005 war er Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 2004 bis 2005 Bundesvorsitzender der Partei.
franz.muentefering@bundestag.de



Dass das Gebot der Nächstenliebe in der Nachfolge Jesu Christi nicht platonisch gemeint ist, sondern praktisch-konkret, das wusste man.

Dass dabei als Nächster der Nahe gemeint ist, aber der Ferne auch, das ist gleichfalls selbstverständlich, das ist sogar in dieser Zeit der globalen Wirklichkeit für

die globale katholische Kirche noch zwingender als in vergangenen Zeiten. Es ist unbestreitbar Verdienst unserer Religionen – des Katholizismus zumal – die Liebe zum Nächsten zur Maxime allen Handelns erhoben zu haben.

Im Bundestag orientieren wir uns an zweckrationalen Maximen, wenn es um die soziale Ordnung des Landes und der Welt geht, um organisierte und individuelle Solidarität. Auch konkret um Hilfe für Pflegebedürftige, um Forschung im Dienst medizinischen Fortschritts, um Schutz der Kinder vor Verwahrlosung, um Vermeidung von Armut, um Verbesserung des Gesundheitswesens, um Förderung von Ehrenamt und Freiwilligendienst, um die

Stabilisierung unserer großen sozialen Sicherungssysteme, um Entwicklungshilfe, um Linderung der Not in der Welt.

Die sehr persönlichen Motive der Abgeordneten sind sicher zutiefst unterschiedlich. Die Christen und Nichtchristen reden und handeln aber gemeinsam auf der Basis unseres Grundgesetzes, das dieses Land als demokratischen und sozialen Rechtsstaat definiert. Wir handeln gemeinsam auf der Grundlage von Werten, die die meisten in der Politik wohl am ehesten als Humanismus und Solidarität kennzeichnen würden.

Und man ist gut beraten, dabei den gläubigen Politikern nicht mehr Nächstenliebe, Caritas, zuzubilligen als den anderen. Die realen Fakten gäben das auch nicht her.

Muss Nächstenliebe individuell sein?

Ist die organisierte Solidarität des Sozialstaates und die Arbeit der Politik im Dienst dieser Maxime nun eine Caritas minderer Art, weil die Motive so unzureichend wären? Oder geht es in der Politik nach Meinung der Kirche überhaupt nicht um Caritas? Vielleicht weil dies alles Formen indirekter Solidarität sind, nicht Liebe am Nächsten unmittelbar? Aber was ist dann mit den großen kirchlichen Organisationen, die auch Regelmäßigkeit, Buchführung, Organisation, Arbeitsverträge und Bürokratie kennen?

Nun richtet sich die Erwartung der Enzyklika ja nicht an die Politik. Genau das nicht. Sie richtet sich an die Mitglieder der Kirche, an die Gläubigen, und versucht ihnen zu vermitteln, was richtige Caritas ist. Das steht der Kirche selbstverständlich zu. Was bedeutet es für die politischen Handelnden? Muss Nächstenliebe individuell sein? Schließen Caritas und Organisation oder Distanz oder Pragmatismus sich aus?

So und so. Für die Gesellschaft ist es nicht unwichtig, was die katholische Kirche hier sagt. Und für uns als handelnde Politiker schon gar nicht.

Mit der Bergpredigt definierte Jesus Christus eine Nächstenliebe: Caritas, die unmittelbar war und absolut. Mit dem Anspruch »Liebet Eure Feinde« setzte sich Gottes Sohn über Klassendenken hinweg, auch über Rassismus oder Nationalismus übrigen.

Dass die Kirche selbst dem in der Geschichte nicht genügt, ist wahr. Es macht aber die Maxime nicht falsch. Die eigene Bedürfnislosigkeit und die liebende Hinwendung zum Nächsten, die von der frühen Kirche und dann von Teilen der Kirche vorgelebt wurde, waren überzeugend. Das war ein Paradigmenwechsel von historischer – menschheitsgeschichtlicher – Dimension. Und die große Idee der Liebe zum Nächsten war, ist und bleibt unverzichtbar. Es verwundert fast, dass die Kirche nicht offensiver diese Wahrheit für sich reklamiert und deutlicher macht, dass dies der Schlüssel ist für eine menschliche Perspektive in unserer krisengeschüttelten Welt. Eigentlich wissen das doch ganz viele.

Allerdings ist in diesen zwei Jahrtausenden seit Jesu Christi auch die Einsicht gewachsen, dass es klug ist, den Hungrigen nicht den Fisch zu geben, sondern Netze, mit denen sie sich selbst Fische fangen und Voraussetzungen schaffen können, die sie und die ihnen Anvertrauten vor Bedürftigkeit schützen. Wohlstand ist erlaubt, das Gelübde der Armut wirkt auch in der Kirche eher exotisch. Armut ist kein Ideal mehr. Arbeiten, um sein Leben aus eigener Kraft führen und gestalten zu können und nicht abhängig zu sein von der Bahnherzigkeit anderer, ist eine wichtige Pflicht.

Nicht das Vertrauen darauf, dass der liebe Gott schon Getreide wird wachsen und Wasser wird fließen lassen. Aber das muss die Theologie beantworten.

Als Politiker stehe ich vor dieser Wirklichkeit: Zur Zeit Jesu Christi lebten etwa 300 Millionen Menschen auf der Welt, im Römischen Reich ca. 50-60 Millionen. Um 1650 waren es rund 500 Millionen weltweit. Seitdem haben wir einen exponentiellen Bevölkerungszuwachs: Rund 1 Mrd. Menschen waren es im Jahr 1800. Rund 1,65 Mrd. bis 1900. Heute sind es 6,3 Milliarden Menschen. Und 2050 werden es rd. 9,1 Mrd. sein. Die müssen essen, trinken, brauchen Kleidung, Medizin, Wohnung, Bildung. Hier reicht die Lehre der Nächstenliebe nicht aus. Es muss gehandelt werden. Schnell und umfassend. Wir haben keine Zeit, die Reinheit der Lehre von der Nächstenliebe zu suchen. Wir müssen von der großen Zahl der einzelnen Hilfsbedürftigen her denken, nicht von der Ma-

kellosigkeit der Caritas. Wir müssen politisch-pragmatisch handeln und Solidarität organisieren. Das nützt jedem, der gerettet wird; ob ich dabei im Sinne der Kirche gerechtfertigt bin, weiß ich nicht.

Angesichts der wachsenden Not in der Welt ist es nicht möglich – ich sage: moralisch nicht erlaubt – auf Gesinnungs-Nächstenliebe zu setzen, es muss Verantwortungs-Solidarität praktiziert werden. Wir müssen – Katholiken oder nicht, Christen oder nicht – uns unterhaken und etwas Konkretes für die soziale Ordnung dieser Welt tun. Die Not muss bekämpft werden. Der Kapitalismus muss gezähmt werden.

»Gebt Acht, hütet euch vor jeder Art von Habgier. Denn der Sinn des Lebens besteht nicht darin, dass ein Mensch ein großes Vermögen anhäuft und dann im Überfluss lebt.« (Lukas 12, 13)

Die Menschen – jeder! – müssen menschenwürdig leben können.

Das gilt auch hier, in unserem Land. Die organisierte Solidarität; der Sozialstaat, die sozialen Sicherungssysteme, das leistungsfähige Gesundheitswesen für alle, eine Pflegeversicherung, soziale Netzwerke, soziale Regeln für den Markt und für die Arbeit, gleiche Bildungschancen für alle (die sogar ganz besonders) – all das sind Teile des Netzes, das dem Einzelnen hilft, selbst die Fische fangen zu können.

Der Sozialstaat braucht mitmenschliche Empathie

Von meiner Mutter habe ich vermittelt bekommen, was ihr das Wichtigste war an ihrer Religiosität: Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; doch am größten unter ihnen ist die Liebe. Steht in der Bibel, sagte sie.

Ich habe das so verstanden: Es kommt darauf an, wie man mit Menschen umgeht. Ob man sie mag. Ob man teilt. Ob man verzeiht. Ob man hilft. Wo, wie, wann auch

immer. Übrigens, Liebe ist heute ein Modewort. Vielleicht ist das aber ungerecht, vielleicht ist es besser zu sagen: Liebe ist ein Sehnsuchtswort. Denn: Der Sozialstaat in seiner berechenbaren Verlässlichkeit ist unentbehrlich, aber er lebt auch von der Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen, unmittelbar füreinander einzutreten, sich zu helfen und sich helfen zu lassen. Das ist der eigentliche Kitt der Gesellschaft. Der familiäre, der nachbarschaftliche, der ehrenamtliche, der freiwillige und der hauptberufliche Dienst am Menschen. Der Sozialstaat braucht neben der nüchternen Risikokalkulation zwingend das Element der mitmenschlichen Empathie, wenn er gelingen soll: Menschlichkeit leben, Freude daran haben, Hilfe anzunehmen und selbst zu helfen.

Denn der Sozialstaat, so unverzichtbar er gesamtgesellschaftlich ist, ist in seiner Zielgenauigkeit und Wirkung auf den Einzelnen begrenzt. Anders: Er lässt Raum für persönliches, spontanes oder regelhaft soziales Engagement. Ja, er ist sogar darauf angewiesen.

Die allermeisten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind den Menschen, denen sie dienen, zugewandt und professionell und ausdauernd in ihrem Einsatz. Das gilt für Erzieherinnen und Lehrer, für Krankenpfleger und Ärztinnen, für Übungsleiter und Rettungssanitäterinnen, für viele andere auch.

Das mitmenschliche Engagement der Aktiven im sozialen Alltag findet in unserer Gesellschaft relativ wenig Erwähnung, wird als selbstverständliche Pflicht oder als beliebige Freiwilligkeit angesehen, auf jeden Fall in seiner grundlegenden Bedeutung für die Lebensqualität unserer Gesellschaft unterschätzt. Der dauerhafte und unmittelbare Dienst von Menschen an anderen Menschen ist eine Herausforderung, denn er ist nicht selbstverständlich und er ist nicht leicht. Dass so viele ihn hauptberuflich und ehrenamtlich so überzeugend

leisten, ist ein gutes Zeichen dafür, dass die Idee der Solidarität in unseren Gesellschaften tief verankert ist. In Deutschland, in Europa. Weltweit.

Ja, das ist der große Fortschritt in der Geschichte der Menschheit. Er hat seinen Ursprung im Christentum, in der Lehre von der Nächstenliebe, aber auch in der Aufklärung, dem Humanismus, dem Liberalismus und dem demokratischen Sozialismus.

Die UNO-Menschenrechte bündeln das gut. Unser Grundgesetz auch: Die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung, die in Solidarität münden.

Man darf seinen Zweifel haben an dem hier festgestellten Fortschritt. Denn das Handeln entspricht oft nicht dem, was da als Maxime beschrieben ist. Die Geschichte der Kirche selbst und die aller Ismen zeigt Ereignisse und Phasen, die alle Liebesworte Lügen strafen. Und doch. Der Anspruch gilt. Und ohne diesen Anspruch, dem viele genügen wollen, wäre die Erde mit ihren 6,3 Mrd. Menschen längst am Ende aller Menschlichkeit angekommen. Ist sie aber nicht.

Das zu erkennen und anzuerkennen ist wichtig für die Politik. Denn Politik braucht Orientierung, wie überhaupt alle Menschen Orientierung brauchen. Politik gründet auf Werten und lebt von Werten, die sie selbst allein nicht schaffen kann. Liebe zum Nächsten ist so ein Wert. Ein zentraler, auch wenn wir Politiker darunter Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität verstehen.

Irgendwie, finde ich, führt diese Wahrheit doch zurück zum Dach der Nächstenliebe, unter dem wir uns alle versammeln können.

(Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede, die Franz Müntefering anlässlich einer Präsentation des neuen Buches von Paul Josef Kardinal Cordes gehalten hat. Helfer fallen nicht vom Himmel. Caritas und Spiritualität ist vor kurzem im Herder-Verlag erschienen.)